

Jour fixe vom 12.10.2020 –

Fortsetzung: 1. Z.B. George Floyd – Vom Rassismus einer freiheitlichen, egalitären Staatsgewalt und 2. Macrons Ansage: Die Nato ist „hirntod“ (GS 3-20)

1. Rassismus in den USA, Kap. II – Nachtrag

— *Es gibt noch einen Klärungsbedarf hinsichtlich der Begründung der amerikanischen rassistischen Politik aus Kapitel II. Im Text (S. 38, letzte Zeile vor dem Stern) steht, der Rassismus sei nicht mit einer rassistischen Terminologie begründet, sondern mit dem amerikanischen Patriotismus, mit den in Amerika hochgehaltenen Werten. Aber der Patriotismus ist doch generell die Grundlage für jeden Rassismus. Hier sind eben die Schwarzen davon betroffen, weil feststeht, dass deren Natur nicht zu den amerikanischen Werten passt.*

Der Artikel macht auf die *Besonderheit* des amerikanischen Patriotismus aufmerksam, nämlich dass die amerikanische *Konkurrenzordnung* dem wahren Amerikaner entspricht und es notwendig ist, diese Ordnung gegen innere Feinde mit „law and order“ zu verteidigen. Wer nicht zu den wahren Amerikanern zählt, macht sich dadurch verdächtig, dass er gegen diese Ordnung verstößt. Und da wird die schwarze Community dingfest gemacht.

Kap. III – Eine neue antirassistische Protestbewegung und ihre Resonanz

— *Die Bilanz der Schwarzen in den USA fällt schlecht aus. Sie spüren täglich die Härten des Kapitalismus, ihre Verachtung und Tieferstufung innerhalb der Konkurrenz und die Polizeigewalt, mit der sie drangsaliert werden. Mit ihrer Parole „Black Lives Matter“ ist sie keine bloße Fortsetzung der früheren Bürgerrechtsbewegung, die für Gleichberechtigung eintreten möchte. Aus der Erfahrung der konstant schlechten Behandlung ziehen die Schwarzen den Schluss, dass die Propaganda der egalitären Behandlung mit dem Rassismus zusammen geht.*

Die schlechte Behandlung ist die rassistische Praxis, in der sie von der Polizei praktisch als Gefahr für die weiße Ordnung behandelt werden.

— *So kommt es zu Übergriffen der Polizei gegen Schwarze, ebenso wie zur öffentlichen Empörung darüber. Der Black-Lives-Matter-Bewegung ist aufgefallen, um welche Art Empörung es sich handelt: eine Empörung, die kurzzeitig in der Zeitung erscheint, als Entgleisung der Polizei behandelt wird und ebenso schnell wieder abebbt.*

In der Parole „Black Lives Matter“ wird zum Ausdruck gebracht, dass die *rechtliche* Gleichstellung keine Garantie dafür ist, dass man *praktisch* gleich behandelt wird und das Leben der schwarzen Bürger etwas zählt.

— *Die Parole ist keine Forderung, eher ein Appell. Die Nation soll wahrnehmen, dass sie sich seit Jahrhunderten rassistisch gegenüber den Schwarzen verhält und darüber eine Empfindsamkeit entwickeln, die auch schwarzes Leben akzeptiert. Da geben sie sich reichlich desillusioniert, wenn sie die Nation darauf aufmerksam machen, dass sie ihnen Unrecht tut.*

So harmlos und matt sind ihre Forderungen nicht: Es geht der Black-Lives-Matter-Bewegung um mehr als diesen Appell an die Nation. Sie sagen, ihr könnt von uns nicht erwarten, dass wir uns unter diesen Umständen an die Gesetze halten, die ihr erlasst. Insofern ist es ein Protest, der nicht nur moralisch fordert oder appelliert, sondern es handelt sich um praktizierten Widerstand.

— *Die Parole „Black Lives Matter“ ist Ausdruck ihrer Desillusionierung. Die Schwarzen stellen fest, dass die Gleichbehandlung vor dem Gesetz, die in der amerikanischen Verfassung festgeschrieben ist, „bloß die Form“ (S.39) ist, die sie als Amerikaner disqualifiziert. Machen sie sich einen Begriff darüber oder haben Sie ein Bewusstsein davon, dass die rechtlich verankerte Gleichheit ihre Diskriminierung einschließt?*

Die Black-Lives-Matter-Bewegung macht sich nicht die Analyse des GS-Artikels über den Grund des US-Rassismus zum Anliegen, sondern führt ihre täglichen Erfahrungen an: die garantierte Gleichbehandlung gilt praktisch nichts.

Sie glaubt ihrer Obrigkeit nicht mehr, dieses Ideal zu erfüllen, da die sich von jeher auf die Verfassung berufen hat und in der Praxis anders handelte. Das entlarven sie als Heuchelei. Sie halten schon am Ideal der verfassungsrechtlich garantierten Gleichbehandlung fest. Der US-Staat sollte sie eigentlich gleichbehandeln, aber das nehmen sie den Regierenden nicht mehr ab. Stattdessen fordern sie Amerika auf, sich den Rassismus einzugestehen und künftig davon abzulassen. Das ist die Umkehr, die die Bewegung fordert.

Der Black-Lives-Matter-Bewegung wird entgegengehalten, dass es in den USA offiziell keinen Rassismus gibt und die bekannten Vorfälle Einzelfälle und Ausrutscher sind, die nicht zu Amerika gehören. Diese Behauptung, dass in Amerika eigentlich alles in Ordnung sei, wird von ihnen widerlegt. Sie führen ins Feld, dass diese Verhältnisse, also ihre rassistische Behandlung, mit der hochgelobten rechtlichen Gleichstellung und mit der offiziellen egalitären Moral einhergehen. Sie wehren sich gegen die Zurückweisung ihrer Klagen und beharren auf einer entsprechenden Änderung dieser rassistischen Praxis. ‚Desillusionierung‘ soll nicht Einsicht über rechtliche Gleichheit und schlechte Behandlung von Schwarzen heißen. Die desillusionierte Bewegung entnimmt dem rassistischen Umgang mit ihnen, dass die USA eben nicht das behauptete Land von Freien und Gleichen ist.

— *Weil sich dieses Amerika in den Augen der Schwarzen am Grundsatz der Gleichheit vergeht und die geltende Ordnung kein gleichberechtigtes Leben für Schwarze ermöglicht, gibt es für sie auch keine Gründe, sich dieser Ordnung zu unterwerfen.*

III. 2 Der Verweis auf die Black-Power-Bewegung im ersten Abschnitt kennzeichnet einen anderen Übergang als ihn die heutige Bewegung macht. Deren Erfahrungen mit dem Rassismus waren die gleichen, die gezogene Konsequenz eine andere. Weder die damaligen noch die heutigen Konsequenzen sind eine notwendig folgende Praxis des Protestes daraus, sondern die Konsequenzen, die die Bewegungen jeweils für sich ins Auge gefasst haben.

— *Der Rassismus in den USA ist alt. Vor 50 Jahren forderten die Schwarzen bei einem Marsch nach Washington Gleichberechtigung. Von dieser Bewegung hat sich die Black-Power-Bewegung abgespalten. Sie kritisierten die Untertänigkeit, die in der Forderung nach Gleichberechtigung steckt. Die Black-Panther-Partei wurde gegründet und jetzt gibt es die Black-Lives-Matter-Bewegung. Das zeigt, wie verankert der Rassismus in den USA ist und dass es über die Jahrzehnte hinweg für die Schwarzen Gründe gab, sich dagegen aufzulehnen.*

Darüber muss nicht aufgeklärt werden. Im ersten Abschnitt geht es um die unterschiedlichen Konsequenzen, die damals und heute aus den rassistischen Erfahrungen gezogen wurden. Die Black-Power-Bewegung der 50er Jahre hat dem weißen Rassismus einen schwarzen Rassismus entgegengesetzt. Ihr Programm war, das Land nach ihrer schwarzen Identität auszurichten. Das hat eine ganz andere Form von Radikalität hervorgebracht, die von den damaligen Linken als „Antikapitalismus“ aufgefasst wurde und der Bewegung von dieser Seite sehr viel Sympathie eingebracht hat. Davon unterscheidet sich die Black-Lives-Matter-Bewegung fundamental.

— *Die Forderung der Black-Lives-Matter-Bewegung „Defund the police“ beinhaltet den Widerspruch, der im Text mit dem Begriff der „aufrührerischen Defensive“ gekennzeichnet wird: „Aufrührerisch“ ist sie darin, dass sie zur Gegnerschaft gegen die Polizei aufrufen. Deren Schikanen setzten sie die Aufforderung entgegen, die Polizei soll abrüsten. „Defensiv“ ist an der Parole, dass der Staat die Schwarzen nicht als polizeilich zu behandelnden Ordnungsfaktor behandeln soll, sondern als einen Problemfall, um den man sich zu kümmern hat.*

„Defensiv“ an dieser Parole ist die Forderung, der Staat soll sich um die Gründe für die schlechte Behandlung der Schwarzen kümmern, d.h. er soll die Armut der Schwarzen sozialstaatlich betreuen und nicht nur die Armen als die Loser und potentiell Kriminelle verfolgen.

— *Die schwarze Community tut kund, dass sie durchaus wertvolle Mitglieder dieses politischen Gemeinwesens sein wollen und damit sie es sein können, die sozialstaatliche Unterstützung des Staates brauchen. Sie fordern von der Politik, dass sie die Polizei auf einen „Perspektivwechsel“ verpflichtet, der in der schwarze Bevölkerung nicht einfach einen Feind sieht, den es zu bekriegen*

gilt, sondern als einen Problemfall, der Hilfe braucht.

Mit dieser Selbstdiagnose treffen sie sich mit einem politischen Standpunkt innerhalb der demokratischen Parteien in den USA (wenn auch nicht unbedingt auf eine große Mehrheit): In den schwarzen Vierteln gibt es wegen der dort herrschenden Armut Drogen- und Kriminalitätsprobleme, die nicht mit polizeilichen Mitteln, sondern mit den Mitteln der Sozialpolitik bekämpft werden müssen. Weil die Polizei mit diesen sozialen Problemen überfordert ist, sollen die Gelder, die die Polizei erhält, an die Sozialarbeit gehen. Den Leuten in den Armenvierteln muss ermöglicht werden, sich irgendwie mit legalen Mitteln zu reproduzieren. Das ist die Sorte Sozialstaat, die ihnen abgeht, damit sie kein Problem mehr für die Polizei sind.

— *Diese Forderung ist in Amerika nicht harmlos. Die hat was „Revolutionäres“, weil sie dem amerikanischen Nationalismus mit seiner gnadenlosen Haltung zu den Opfern der Konkurrenz widerspricht.*

Der Devise, „ein guter Amerikaner sorgt für sich selber“, wird da in der Tat widersprochen. Die sozialstaatliche Forderung hat auch den Gang des Kapitalismus in Amerika gegen sich. Es gibt dort seitens des Kapitals keine große Nachfrage nach sozialstaatlich fit gemachten Proleten. Ausgerechnet Trump beruft sich auf das Bedürfnis der Schwarzen mit seiner Jobparole, für die er ja schon immer eingetreten ist, als derjenige, der sich um alle Amerikaner am besten kümmert.

*

— *Die Black-Lives-Matter-Bewegung hat sich vom schwarzen Nationalismus der Black-Power-Bewegung getrennt. Den weißen Rassismus halten sie für eine moralische Verfehlung, die den guten Nationalismus der USA angreift.*

Die heutige Bewegung nimmt den Rassismus nicht mehr als eine politische Angelegenheit, als eine Konsequenz, die sich aus den Verhältnissen der USA ergibt, sondern als eine amoralische Haltung, die eigentlich nicht zu Amerika gehört, aber dauernd praktiziert wird. Aus dieser Sicht ergibt sich der moralische Appell, endlich den Wert schwarzen Lebens anzuerkennen, der aber auch auf eine Änderung der praktischen Verhältnisse abzielt. Aber nur als dieser *moralische* Appell erfährt er ein Echo, das mit den Änderungen der praktischen Verhältnisse überhaupt nichts zu tun hat. Dafür gibt es Sympathisanten in Amerika, die sich für den Rassismus selber verantwortlich machen. Sie bezichtigen sich, eine falsche Einstellung an den Tag zu legen und sich nicht konsequent genug gegen die Verachtung von Schwarzen auszusprechen.

— *Die weißen Mitmarschierer beurteilen mit dieser „psychologischen Nabelschau“ den weißen Rassismus nicht als ihren Gegner, sondern entdecken bei sich selbst den Rassismus. Das verquickt sich damit, dass die Nation in das Trump- bzw. Biden-Lager gespalten ist. Die Rassismusproteste gehen direkt über in den politischen Wahlkampf. Die Bewegung reiht sich in einer ungunstigen Weise in diesen ein und bekommt darüber von den weißen Trump-Gegnern ihre Zustimmung.*

— *Im Unterschied zur Black-Power-Bewegung, die den Rassismus als eine Sache amerikanischer Politik beurteilt haben, hat sich die Black-Lives-Matter-Bewegung davon verabschiedet, indem sie das eben zu einer Frage der Einstellung des Menschen macht. Die Parteien setzten sich dann genau auf der Ebene ins Verhältnis zu diesen moralischen Forderungen.*

Angekommen ist beim Wahlkampfstil von Biden die Respektbezeugung, dass schwarzes Leben einen Wert hat. Diese Art von Respekt wird in Gesten und Grußadressen demonstriert und geht bestens damit zusammen, was nicht zur Debatte steht, nämlich die offizielle Politmoral des anständigen Amerikaners, der sich selbstverantwortlich um sich selbst kümmert und dafür sorgt, dass Recht und Ordnung nicht in Frage gestellt werden. Diese Respektbezeugung geht andererseits auch prima einher mit der politischen Moral, auf die sich auch ein Trump beruft. Sie passt auch prima dazu, dass Biden eine Vize-Präsidentenkandidatin auswählt, weil sie einigermaßen schwarz ist und sich politisch als Staatsanwältin qualifiziert hat, die vehement für „*law and order*“ eingetreten ist, womit die schwarze Bevölkerung drangsaliert wird.

So ist an der Stelle auch der Bezug auf die Black-Power-Bewegung. Sie war so etwas wie ein Unvereinbarkeitsbeschluss des schwarzen Nationalismus mit der Nation der Weißen. Was man jetzt

mit der Black-Lives-Matter-Bewegung hat, ist ein affirmativer Bezug auf die amerikanische Nation, wenn man sie nur von ihrem Rassismus trennt. Die Trennbarkeit geht darüber, dass sie als bloß moralisches Defizit an den Leuten festgemacht wird, die das einsehen und ablegen sollen.

Dabei will die Black-Lives-Matter-Bewegung aber nicht nur ein Bekenntnis von jedem Weißen, dass er Schwarze gut leiden kann. Die politische Forderung, dass der in Amerika praktizierte Rassismus aufhören muss, zielt auch auf eine geänderte politische Praxis, zum Beispiel auf eine andere Praxis bei der Polizei.

— *Das ist die Forderung der Bewegung. Die weiße Bevölkerung und auch Teile der Politik nehmen die Forderung der Bewegung als moralische Aufforderung, ihre rassistische Einstellung aufzugeben. Das beinhaltet, sich das zu Herzen zu nehmen und ansonsten bleibt es, wie es ist. Der tatsächliche Gehalt der Forderung von „Black Lives Matter“, dass die Schwarzen nicht als zu bekämpfende Feinde begriffen werden, die Schwarzen der Unterstützung durch einen Sozialstaat bedürfen, um aus ihrem Elend herauszukommen und somit den amerikanischen Anforderungen gerecht werden können, wird in der moralischen Verwandlung vollkommen ausgelöscht.*

— *Es wurde behauptet, die Black-Lives-Matter-Bewegung sei im Unterschied zur Black-Power-Bewegung unpolitisch. „Defund the police“ richtet sich gegen die paramilitärische Aufrüstung der Polizei, die Politik soll mittels sozialpolitischer Maßnahmen das Elend der Schwarzen beenden. Das sind doch politische Forderungen und das löst sich nicht darin auf, dass die Weißen ihren Rassismus wegwerfen sollen.*

Die Black-Lives-Matter-Bewegung vertritt nicht wie die Black-Power-Bewegung die Position, dass die ganze Nation sich gegen die Schwarzen richtet und sie sich gegen die Weißen aufstellen müssen. Diese politische Qualität hat die aktuelle Bewegung nicht. Politisch ist es sicherlich die Forderung nach einem Sozialstaat. Es ging aber um den qualitativen Unterschied. Die Black-Lives-Matter-Bewegung besteht natürlich aus ganz verschiedenen Elementen. Es gibt in der Bewegung welche, die sich an keine Gesetze halten, sich mit der Polizei Straßenschlachten liefern. Es gibt welche, die ein Sozialsystem fordern, bis zu denen, die sich selbst bezichtigen, Rassisten zu sein. Das ist eine mögliche Fortentwicklung aus dem moralischen Standpunkt „Black Lives Matter“ heraus, der allen gemeinsam ist. Diese Sorte Moralismus wird von Biden vereinnahmt, weil er mit dem normalen Ami-Standpunkt – jeder verfolgt seinen eigenen Nutzen und ist seines Glückes Schmied, der Staat greift hin und wieder ein, aber gegen Gesetzesbrecher muss hart vorgegangen werden – vereinbar ist. Damit soll nicht gesagt werden, dass all diese verschiedenen Positionen an diesem letzten Punkt ankommen müssen.

2. Macrons Ansage: Die Nato ist „hirntod“ (GS 3-20)

Ausgangspunkt ist die Stellungnahme Macrons über den Hirntod der NATO. Anlässlich dessen ging es darum, sich klar zu machen, mit welcher Art imperialistischer Sicherheitspolitik seitens Frankreichs man es da zu tun hat. Vom Ausgangspunkt her weist der Artikel darauf hin, dass Macron anlässlich dessen, was Trump in Bezug auf die NATO sagt und treibt, eine etwas andere Stellung einnimmt als z. B. Deutschland. Seine Aussage über den Hirntod der NATO hat nichts mit einer Klage darüber zu tun, dass die Verhältnisse jetzt nicht mehr so sind, wie sie einmal waren; dass es darum ginge, diese Verhältnisse wieder herzustellen; das, was Trump als Relativierung der Bedeutung der NATO in die Welt gesetzt hat, rückgängig zu machen. Macron zieht von einem ganz anderen Standpunkt aus Bilanz über den Stand der NATO und darüber, an welchen Stellen er aktuell sich mit sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert sieht. Was ist Macrons Perspektive als imperialistische Nation?

Hier wird erklärt, dass die bisher gültige Ordnung des Imperialismus durch Trump gekündigt worden ist und er damit für alle anderen Nationen neue Maßstäbe setzt. Es ist zu erklären, welche Konsequenzen daraus für die einzelnen Länder folgen und welche Alternativen die in Bezug auf das sehen, was nach der Auflösung der bisherigen Weltordnung für sie ansteht. Dieser Artikel behandelt den Fall einer bedeutenden Nation, eben Frankreich, das daraus gleich ein Konzept für ganz Europa entwickeln will, in dem es eine entscheidende Rolle spielt. Was ist das für ein Standpunkt und

was impliziert dieser sowohl im Verhältnis zu den konkurrierenden Weltordnungsmächten als auch innerhalb Europas in Bezug auf deren Funktionsweise und Struktur?

I. 1. a) — *Macrons Sichtweise ist, dass Europa eine eigenständige strategische Position zwischen den Großmächten finden müsse, so dass Europa als imperialistisches und strategisches Subjekt auftreten kann. Das ist eine ganz andere Stellung als die der Betroffenheit Deutschlands; Frankreich sieht es als Fakt und als Notwendigkeit, dass Europa unter der Führerschaft Frankreichs eine eigenständige Strategie findet. Dies, damit man nicht von auswärtigen Mächten zerrieben oder angegriffen wird, sondern selbst eine aktive Rolle einnimmt.*

Macron konstatiert, dass es eine Konfrontation zwischen den USA und Russland gibt, die die Qualität hat, dass sie unter Umständen auf eine kriegerische, nukleare Auseinandersetzung hinausläuft und dass Europa bei diesem Szenario als Schlachtfeld zwischen diesen beiden Mächten eingeplant ist. Diesen Gegenstand benennt er und auf diesen bezieht er sich. Dazu macht er eine neue Art von Bestandsaufnahme und grenzt sich dabei von dem ab, was jahrzehntelange Politik innerhalb der NATO war: Dass Europa angesichts der drohenden Konfrontation zwischen Ost und West sich auf die Seite der USA schlägt und das als Voraussetzung jeglicher Politik begreift und deshalb ein Bündnis mit den USA hat. Dem erteilt er eine Absage und erklärt, dass diese Stellung ‚uns als souveräne Staaten beeinträchtigt und wir nur als untergeordnete Mächte vorkommen‘. Er spricht nicht von einem Schaden für die Sicherheit der Nation, sondern dass die eigene Nation nicht als relevantes Subjekt, als bestimmende Größe innerhalb dieser weltmaßstäblichen Auseinandersetzung dabei ist. Der Anspruch wird in die Welt gesetzt: Frankreich ist weltpolitisch betrachtet eine Macht, die sich das von anderen Mächten nicht antun lassen muss, von diesen untergeordnet in deren Berechnungen einbezogen zu werden. Frankreich verfügt über die entsprechenden Mittel, bei derartigen weltweiten militärischen Kalkulationen in führender Position mitreden zu wollen. Dazu muss man Souveränität in Kriegsfragen haben.

— *Gesagt wurde, Macron spreche gar nicht von irgendeiner Gefährdung Europas, sondern dass es um die pure Souveränität in Kriegsfragen gehe. Doch im Zitat heißt es schon, dass man dann „Schauplatz einer Konfrontation“ (S. 56) ist. Das bedeutet aber doch, man ist dann der Beschädigte.*

Das muss man nicht leugnen, doch wenn Macron betont, dass man demgegenüber als Europa nicht Zuschauer sein darf, sagt er, dass diese Angelegenheit autonom in die Hände eines europäischen Subjekts gehört, das sich auch außereuropäischen Atommächten nicht unterordnen muss. Hier ist festzuhalten, dass Amerika in seiner strategischen Aufstellung Europa für sich militärisch verplant. Daran bemängelt Macron, dass das über die Köpfe der Europäer hinweg passiert. Die Sicherheitsangelegenheiten in Europa gehören in die Hände einer europäischen Macht, nämlich Frankreichs, das zum maßgeblichen Subjekt einer einheitlichen europäischen Macht werden soll.

Es ist Macron nicht egal, dass Europa zum Schlachtfeld wird. Aber der Gesichtspunkt, unter dem ihm das nicht egal ist, ist, dass man selber Subjekt einer nuklearen Kriegsführung sein muss. Auf den Unterschied soll aufmerksam gemacht werden. Ihn stört, nicht bestimmend in einer nuklearen Auseinandersetzung zu sein.

— *Dieser Standpunkt führt dann auch dazu, in dieser Bilanz die USA zu bezichtigen, sie träten gar nicht als die Schutzmacht auf, als die sie sich immer verkaufen, sondern dass sie Europa inkalkulieren als Glacis für ihre Schlacht gegen Russland. Damit behauptet Frankreich, auch für die europäischen Partner, dass man Weltmachtfähigkeit in strategischen Dingen beanspruchen muss.*

b) Der Vorwurf an die USA ist weiter führend als bloß zu sagen, sie sind nicht die Schutzmacht, die wir gerne hätten. Sie führen überhaupt erst die Beschädigung herbei, dass Europa das Schlachtfeld wird. Und zwar unnötigerweise. Es steht eine Konfrontation ins Haus, über die Frankreich – von dem Standpunkt aus, was es selber als imperialistische Militärmacht vermag – das Urteil fällt, dass es die eigentlich nicht braucht. Weil sich Russland ökonomisch eigentlich gar nicht leisten kann, so ‚übermäßig‘ aufzurüsten und zweitens Frankreich über genügend Erpressungsmittel verfügt, Russland auf ein anderes Verhältnis zu den Europäern zu verpflichten.

Die USA sind für Macron die Verursacher der Konfrontationspolitik, die Europa gefährdet und für die Europa keine eigenen strategischen Gründe hat. Und wenn er, Macron, sich in Putin hineinversetzt, ist ihm klar, dass Putin zu einem Partnerschaftsprojekt mit Europa überhaupt keine Alternative hat. Europa muss und kann ganz nach eigenen Kalkulationen verkehren.

Deutschland wirft den Amerikanern unter Trump vor, den dringend benötigten Halt nicht mehr zu geben. Macron zieht einen anderen Schluss: Wenn die USA sagen, es ginge um ihre Vormachtstellung in der Welt überhaupt und dafür bräuchte es keine internationale Ordnung, wie bisher, dann sieht Macron darin auch eine Bedrohung durch die USA für alle anderen Staaten. Das fordert die Antwort Frankreichs und dann auch ganz Europas, sich selbständig um die eigene Sicherheit zu kümmern und sich dann auch nicht mehr einfach den Amerikanern anzuvertrauen. Im Gegenteil, man muss feststellen, dass die Interessen der Amerikaner überhaupt nicht identisch sind mit dem, was Frankreich und Europa an Interessen haben. Das gilt gerade auch für diejenigen, die die USA jetzt als die Hauptfeinde auserkoren haben. In diese Konfrontation muss und soll sich Europa nicht einbinden lassen, sondern sich auf seine eigenen Interessen und seine eigene Souveränität besinnen. Dazu ist Frankreich einerseits selber in der Lage und weil es eben diese Stärke hat und diesen Standpunkt vertritt, ist es andererseits der Haltepunkt für die anderen europäischen Nationen.

— *Die Diagnose, die Macron stellt, dass die Amerikaner nicht mehr dieselben Interessen hätten, ist schärfer. Er sagt mehr: Die Interessen Amerikas gefährden die unsrigen, gefährden unsere politischen Anliegen mit Russland.*

Die Aussage war im Vergleich zu Deutschland gemeint, das immer noch so tut, als wenn es im Prinzip doch dieselben Interessen sein müssten. Macron geht einen Schritt weiter und sagt, dass es erstens nicht dieselben sind und zweitens ist das, was Amerika macht, eine ganz unnötige Gefährdung von Europa und deswegen gegen es gerichtet. Deswegen muss es sich dagegen aufstellen.

— *Das Bild von der Europäischen Union als ‚trojanischem Pferd‘ (Zitat, S. 58), soll verdeutlichen, dass die Europäische Union nur ein Mittel bzw. ein Alibi für die USA ist, alles zu regeln. Europa wird für fremde Zwecke benutzt, mit denen es nichts zu tun hat.*

Wenn man nur festhält, dass es unterschiedliche Zwecke gibt, verpasst man den entscheidenden Punkt. Macron gesteht Trump einerseits nationalen Egoismus als sein gutes Recht zu. Auf der anderen Seite kennt er auch für Frankreich und infolgedessen für Europa eine ganze Menge Anliegen in der Welt, deren Gültigkeit den Einsatz eines schlagkräftigen Militärapparats erfordern. Aus dieser Lage zieht er den Schluss, dass Frankreich bzw. Europa „sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen muss“ (S. 57) und dass man für die Durchsetzung der europäischen Anliegen die entsprechende imperialistisch-militaristische Betätigung an den Tag legen muss. Die Betonung liegt auf der Notwendigkeit einer eigenen militärischen und sicherheitspolitischen Souveränität. Frankreich präsentiert sich als eine Macht, die bereit und willens ist, für die Durchsetzung ihrer imperialistischen Ansprüche militärisch anzutreten. Die Formulierung „Man kann sich auf den Schutz der Amerikaner nicht verlassen“ bedeutet genauer: Man kann sich in *dem* Punkt nicht auf die Amerikaner verlassen, dass sie das Anliegen Frankreichs z.B. gegenüber Russland teilen. Die Dienstbarkeit Russlands für französische bzw. europäische Interessen können nur die Europäer selbst unter Führung der Franzosen sicherstellen. Sie müssen selbst in der Lage sein, glaubwürdig mit dem Einsatz militärischer Mittel zu drohen und das entsprechende Entgegenkommen zu erzwingen, weil es nicht das Interesse der Amerikaner ist.

— *In Macrons Argumentation ergibt sich diese Konsequenz zwingend aus der aktuellen strategischen Lage. Tatsächlich ist es aber das Interesse Frankreichs. Macron gesteht den Russen eigene Machtambitionen zu, bezweifelt allerdings, dass „ein Land mit dem gleichen BIP wie Spanien“, das in Macrons Augen in eine „Übermilitarisierung verstrickt“ ist und in einer „Konfliktmultiplikation“ steckt, eine andere Option hat als „ein Partnerschaftsprojekt mit Europa“ (S. 58). Frankreich offeriert Russland mit Europa als neuem Machtblock ein Angebot. Das Verlogene daran ist die Behauptung, dass sich Europa wegen des Hirntods der NATO als ein neues weltpolitisches Subjekt auf den Weg machen und sich in das existierende Kräfteverhältnis einmischen muss. Da wird vorgegeben, dies geschehe auch im Interesse der Russen.*

Macron sagt, dies ergebe sich zwingend aus der Lage und nicht, dass Frankreich mit diesem Standpunkt seine Interessen durchsetzen wolle.

— *Er interpretiert eine Sicherheitslage und leitet daraus als Konsequenz ab, dass sich Frankreich und Europa neu aufstellen müssen. Die Folgerung ergibt sich also nicht aus der Lage, sondern sie benennt das Interesse des französischen Präsidenten und wie er, mit seiner Atomstreitmacht im Rücken, Europa dafür einsetzen will. Der Schluss, dass man damit den Russen entgegenkommt, ist ebenfalls seine Deutung.*

c) Im Hinblick auf Russland besteht das Interesse darin, sich diese Nation mit ihren militärischen Potenzen ökonomisch und politisch zuzuordnen und mit der eigenen Gewalt zu erzwingen, dass Russland seinerseits *nicht* gewaltsam gegen die beanspruchte Unterordnung Einspruch erhebt, also darauf verzichtet, die EU-Osterweiterung rückgängig zu machen oder sich dagegen zu wehren, wie es in der Ostukraine und der Krim geschehen ist.

— *Macron bezeichnet das „Normandieformat“ als ein gutes Mittel, den Ukraine Konflikt zu kontrollieren. Er sagt, die Politik der USA, die weiterhin auf eine kriegerische Lösung setzt, gefährde diesen Prozess. Gegen diese Strategie Amerikas müsse Europa sein Recht auf Autonomie durchsetzen. Dabei sei Frankreich wegen seiner militärischen Potenz als Führer prädestiniert.*

Einerseits pocht Macron auf Eigenständigkeit bezüglich der Politik und des Einsatzes militärischer Mittel gegen Russland. Andererseits weiß er mit der Konfrontation, die die USA gegen Russland betreibt, viel anzufangen. Frankreich betont, dass man mit dem Normandieformat ein prima Mittel hat, den Russen immer wieder aufs Neue mitzuteilen, was man von ihnen erwartet und was überhaupt nicht in Frage kommt. Diese diplomatische Veranstaltung hat den militärischen Druck zur harten Grundlage, den Frankreich als Mitglied der NATO und innerhalb des Bündnisses nur gemeinsam mit den USA entfalten kann. Darauf bezieht sich Frankreich weiterhin positiv – trotz des konstatierten Hirntods. Es geht also gar nicht um eine Absage an die NATO an sich, sondern darum, die NATO in Konkurrenz zu Amerika für die französischen Anliegen zu instrumentalisieren. Für die „doppelte“ Strategie gegenüber Russland ist die NATO unabdingbar: Einerseits für die Eindämmung der russischen Macht, andererseits für die Instrumentalisierung Russlands für die französischen bzw. europäischen Interessen. Von Russland wird verlangt, dass es das, was sich Europa in Richtung der russischen Grenzen einverleibt hat, einschließlich der Ukraine, als Besitzstand der EU anerkennt.

— *Russland muss auch akzeptieren, dass Frankreich die NATO gar nicht kündigt. Die Russen haben es in Europa nach wie vor mit NATO-Partnern zu tun, die an dem jetzigen Besitzstand beihalt festhalten und dies gute Nachbarschaft und Dialog nennen.*

— *Die Franzosen verlangen nicht nur den Russen einiges ab, sondern auch den Amerikanern. Sie wollen sich der von Amerika definierten Bündnispflicht nicht unterordnen, vielmehr soll die NATO der strategischen Autonomie Europas unter der Führung Frankreichs dienen. Die USA sollen also in der NATO bleiben und sich der europäischen Definition unter französischer Federführung stellen.*

Diese Bezugnahme auf die NATO ist komplementär zu der amerikanischen. Macron will die NATO ebenfalls als Instrument für die von ihm definierte europäische Sicherheitspolitik. Es wird also kein übergeordnetes Bündnisinteresse definiert, sondern komplementär dazu, wie die NATO von Amerika als ein Instrument der in Europa stattfindenden Front gegen Russland eingeplant ist, will Macron die NATO als Mittel für die von ihm definierte europäische Sicherheitspolitik benutzen.

— *Dabei macht er den Zwischenschritt, dies als europäische und nicht nur französische Sicherheitspolitik zu definieren. Es soll ein von den übrigen Europäern geteiltes politisches Projekt sein. Was heißt da komplementär? Es stehen sich doch recht unterschiedlich machtvolle Nationen gegenüber. Frankreich prescht mit einem sehr ehrgeizigen Ziel voran.*

— *Komplementär bezieht sich darauf, dass sowohl die Amerikaner als auch die Franzosen die NATO für sich instrumentalisieren wollen. Dies ist die Verlaufsform, wenn einem militärischen Bündnis der gemeinsame Feind wegfällt. Dann versucht jeder, das Bündnis für sich und seine Interessen zu instrumentalisieren. Im jetzigen Verlauf bemüht sich Frankreich unter Berufung auf Eu-*

ropa, die NATO dafür zu instrumentalisieren, dass ihm die Führung in Europa zusteht.

— Ob sich das europäische Interesse immer mit dem französischen deckt, ist doch sehr fraglich.

— Das Interesse ist komplementär, aber die USA steht als Gewaltapparat ganz anders da als Frankreich. Wenn sie sich wechselseitig die Instrumentalisierung streitig machen, dann stehen sich sehr unterschiedlich bewaffnete Staaten gegenüber. Auch die politische Erpressungsmacht Frankreichs ist nicht vergleichbar mit der Amerikas. Deshalb verweist Merkel immer wieder darauf, dass Europa die USA braucht.

Das Bemerkenswerte ist, dass Frankreich selbstbewusst als imperialistische Macht auftritt, die Interessen in der Welt hat und über militärische Mittel verfügt, diesen Interessen Geltung zu verleihen. Von diesem Standpunkt aus wird die Politik der USA als Schranke beurteilt, von der man sich emanzipieren muss, gegen die man mehr eigene Potenzen, mehr Souveränität und mehr Militär setzen muss. Macron jammert nicht über die Machtfülle der USA, mit der sich keiner messen kann. Frankreich versteht sich als eine eigenständige, potente, imperialistische Macht, und mit diesem Selbstverständnis betrachtet es die Welt im Allgemeinen und die USA und die NATO im Besonderen. Es stellt die Maxime auf, man dürfe sich nicht von den Amerikanern für deren Zwecke instrumentalisieren lassen, sondern nur die eigenen bzw. die europäischen Zwecke befördern. Dafür will es neben den eigenen Potenzen auch die der NATO für sich in Anspruch nehmen und zum Instrument und Mittel der eigenen Durchsetzung machen; die NATO soll nicht exklusiv dem Interesse Amerikas dienen.

— Das anspruchsvolle Projekt, mit dem sie antreten, ist ein Aufbruchsprogramm auch gegen Amerika und sie trauen es sich zu.

— An dieser Stelle stellt sich nicht die Frage, ob Frankreich das, was es sich vornimmt, auch kann. Hier wird der Standpunkt charakterisiert, den Macron einnimmt. Die Einleitung weist darauf hin – und dafür steht auch der immer wieder vorkommende Vergleich mit dem deutschen Standpunkt –, dass sich Frankreich als machtvolles, imperialistisches Subjekt versteht. Von daher definiert Macron die Russen als das Problem, das sie für Frankreichs weltpolitische Ambitionen sind und entwickelt eine Strategie, wie er der russischen Macht Grenzen setzen will. Dabei fällt ihm auf, dass Europa für seine Ambitionen (noch) nicht taugt und dass sich die NATO dafür zwar wunderbar eignet, ihm als Instrument aber nicht zur Verfügung steht.

*

Die besprochene Logik der von Frankreich propagierten Notwendigkeit einer autonomen Sicherheitspolitik wendet es nicht nur auf das Verhältnis zu Russland an, sondern auch gegenüber den Rest der Welt, also überall da, wo Frankreich nicht nur politisch-ökonomisch, sondern auch militärisch unterwegs ist.

Das wird im **2. Punkt** erläutert.

Im nächsten Jf geht es weiter mit Fragen und Schwierigkeiten zu diesem Artikel. Das nächste Thema steht noch nicht fest, eventuell „Schule der Konkurrenz“ im GS 3-20.